

SVP *ja*

SVP
UDC

Die Zeitung des Mittelstandes

Chance Schweiz!

An der a.o. SVP-Delegiertenversammlung vom 3. Dezember 2005 in Suhr (AG) wurden 10 Punkte zur EU-Politik der SVP verabschiedet. Nach wie vor steht ein klares NEIN zu einem EU-Beitritt im Zentrum unserer Politik. Die SVP fordert aber auch ein Rückzug des EU-Beitritts-gesuches und setzt acht weitere Leitlinien für die künftige Aussenpolitik der Schweiz.

Seiten 8 und 9



Nach wie vor defizitäre Bundesrechnung

Seite 4

Nationalrat Theophil Pfister zur Budget-Debatte in der Wintersession der Eidgenössischen Räte.

Einbürgerungen: Wie weiter?

Seite 7

Generalsekretär Gregor A. Rutz zur politisch falschen und juristisch misslungenen parl. Initiative Pfisterer.

Überarbeitetes Armeepapier der SVP

Seite 11

Nationalrat Hans Rutschmann zu den Anpassungen im überarbeiteten SVP-Positionspapier zur Armee.



Ein grosses Dankeschön

Wieder neigt sich ein Jahr seinem Ende zu. Wir können auf ein politisch sehr bewegtes und arbeitsintensives Jahr zurückblicken. Für die SVP darf das Jahr 2005 getrost als Jahr des „Unterschriftensammelns“ bezeichnet werden. Wir haben nämlich allein in diesem Jahr 260'000 Unterschriften gesammelt. Gut 90'000 Unterschriften kamen für unser Schengen-Referendum zusammen und etwa 50'000 Unterschriften steuerten wir dem Referendum für die Personenfreizügigkeit bei. Für die Mitte November eingereichte Volksinitiative für demokratische Einbürgerungen haben 120'000 Personen unterschrieben. Knapp die Hälfte der gesammelten Unterschriften konnten auf schriftlichem Weg, also vor allem bei Ihnen, den Mitgliedern, eingeholt werden; die andere Hälfte sammelten wir auf der Strasse mit Standaktionen. Das entspricht rund 1'200 Strassenaktionen. Mit dieser Konzentration von Sammlungen haben wir Sie, liebe Parteimitglieder, ganz schön gefordert. Ohne Ihren unermüdlichen Einsatz wäre es der Partei nämlich nicht möglich gewesen, das Initiativ- und Referendumsrecht in Anspruch zu nehmen und dafür zu sorgen, dass das Volk zu wichtigen Vorlagen und drängenden Problemen Stellung nehmen konnte und dies noch wird tun können. Auch während den Abstimmungskämpfen durften wir stets auf Ihre grosse Unterstützung zählen. Sie haben Plakate aufgehängt und unsere politische Botschaft an die Leute gebracht, und dabei mit viel Mut und Rückgrat den Angriffen und der Häme der anderen Parteien getrotzt.

Es ist mir deshalb ein Anliegen, Ihnen an dieser Stelle ganz herzlich für Ihre grosse Arbeit und jegliche Unterstützung zu danken. Dank gehört insbesondere sämtlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern auf allen politischen Stufen für Ihren zuverlässigen und wichtigen Einsatz im Sinne unserer Partei.

Es ist mir deshalb ein Anliegen, Ihnen an dieser Stelle ganz herzlich für Ihre grosse Arbeit und jegliche Unterstützung zu danken. Dank gehört insbesondere sämtlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern auf allen politischen Stufen für Ihren zuverlässigen und wichtigen Einsatz im Sinne unserer Partei.

Auch im nächsten Jahr gilt es, uns den politischen Herausforderungen zu stellen und drängende Probleme zu lösen. Und ich zähle wiederum auf Sie! Vorerst aber wünsche ich Ihnen frohe geruhsame Weihnachten und einen guten Rutsch in ein mit Glück erfülltes neues Jahr.

Nationalrat Ueli Maurer, Parteipräsident SVP



Schweizerische
Nationalbank

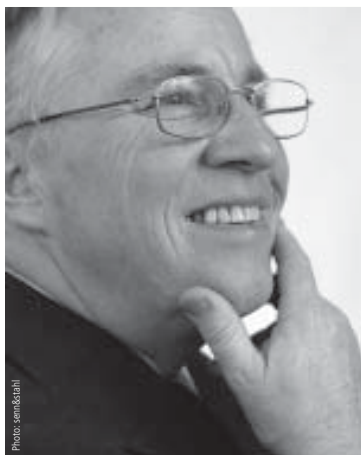
Geld und Geist

Der **FETTNAPF DES MONATS** geht diesen Monat an die Schweizerische Nationalbank. Kürzlich hat die Nationalbank die neuen Banknoten der Schweiz vorgestellt, die ab 2010 in den Umlauf kommen sollen.

Begutachtet man den Vorschlag, für den sich die Nationalbank entschieden hat, ist man weder erfreut noch überrascht. Nur ein bisschen traurig, denn der Weg von der Identität weg hin zur Gleichförmigkeit und unverbindlichen Unauffälligkeit wird weiter beschritten.

Die neuen Noten – weshalb sie alle wenige Jahre in neuem Outfit erscheinen müssen, ist ohnehin nicht ersichtlich – zeigen fortan menschliche Organe, einen Embryo und das Weltall. Auch „schwierige Themen wie AIDS“ würden durch eine Blutkörperchen-Note angesprochen. Dies alles im Zeichen einer „weltoffenen Schweiz“. War die Schweiz nicht stets weltoffen? Benötigt es dafür laufend Aktionen von Personen und Institutionen, welche unter „weltoffen“ die Anbiederung an Europa verstehen? Vielen europäischen Ländern erging es genauso. Ihre früheren Noten waren Visitenkarten der Staaten, ein Stück Kultur, Geschichte, Architektur und nicht zuletzt eine Hommage an Persönlichkeiten, die für das jeweilige Land von Bedeutung waren.

Es scheint, wir brauchen das heute alles nicht mehr. Vielleicht, weil die Persönlichkeiten fehlen. Ganz bestimmt aber, weil - so lehren es uns gewisse Kreise unablässig - Geschichte, Vergangenheit und Identifikation mit eigener Leistung „stinkt“. Nun, das Geld geht eh wieder weg, schneller als uns allen lieb ist. Für Steuern, Abgaben, Gebühren – und wenn wir Glück haben, noch für eine bescheidene eigene Investition. Und ganz bestimmt wollen wir den Rest der Welt weder brüskieren noch irritieren mit Schweizer Motiven. Liebe Nationalbank: Wir haben verstanden!



Das Risiko ist zu gross!

Schon lange kämpft die SVP dafür, mit Halbwahrheiten Schluss zu machen. Auch das Kapitel Swisscom gehört in diese Kategorie. Wer nur will, erkennt unschwer, dass der Staat das enorme Risiko dieser Beteiligung nicht mehr tragen kann! Die Swisscom hat das Gefühl, dass sie aus unternehmerischen Gründen ins Ausland expandieren muss. Ob das eine gute Strategie ist werden wir sehen. Aber das darf auf keinen Fall mit dem Bund als Mehrheitsaktionär geschehen!

Warum? Stellen Sie sich vor, die Swisscom besitzt eine ausländische Telefongesellschaft. Das heisst dann ja faktisch, dass die Eidgenossenschaft diese Firma besitzt. Nun müssen dort Stellen abgebaut werden, oder der Service public wird aus irgendwelchen Gründen reduziert. Oder im schlimmsten Fall geht das Unternehmen bankrott. Das gibt nicht nur ein

Problem für die Swisscom, sondern vor allem auch ein Problem für die Schweiz! Hinter der Swisscom steht ja als Mehrheits-eigentümer der Bund, und es ist klar, dass in so einem Fall der Bund verantwortlich gemacht würde. Diese Konflikte würden von den Gewerkschaften mit Demonstrationen vor den Botschaften und von den Ministern mit Besuchen in Bern ausgetragen! Trifft es einen EU-Staat, dann verhalten sich die anderen Staaten möglicherweise solidarisch gegen unser Land, und das kann Folgen für ganz andere Gebiete haben. Solche Situationen können die Handlungsfreiheit der Schweiz drastisch einschränken. Vor diesem Risiko die Augen zu verschliessen ist unverantwortlich!

Der Bundesrat hat entschieden, dieses Risiko nicht einzugehen und die Schweiz vor dieser Gefahr zu schützen. Das ist ein guter Entscheid. Natürlich war Opposition zu erwarten. Das ist bei Richtungswechseln nicht anders möglich. Wir werden wahrscheinlich damit in eine Volksabstimmung gehen. Gut so! Das Volk soll entscheiden, ob es bereit ist, dieses vermeidbare Milliardenrisiko mit seinem Vermögen abzusichern.

Bundesrat Christoph Blocher

Swisscom: Bundesrat Leuenberger hat versagt

(SVP) Zuerst hat der zuständige Bundesrat Moritz Leuenberger für die Swisscom monatelang keinen Finger gerührt und heute stiftet er mangels Kenntnis eines protokollierten Bundesratsbeschlusses (Tages-Anzeiger vom 1.12.05) die totale Verwirrung in der Öffentlichkeit. Das Ganze ist nur ein Beispiel der Führungsschwäche, die das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) seit Jahren lähmt. Es ist ein Beispiel dafür, weshalb sich Bundesrat Leuenberger nächstes Jahr besser seinem Departement als dem anspruchsvollen Amt als Bundespräsident gewidmet hätte.

Die SVP ist wie der Bundesrat in grosser Sorge über das geplante Auslandengagement der Swisscom. Alle bisherigen Auslandengagements der Swisscom haben mit Verlusten teilweise in Milliardenhöhe abgeschlossen. Parallelen zur „Hunter-Strategie“ der damaligen Swissair liegen nahe. Solange der Bund und damit die Steuerzahler Hauptaktionäre der Swisscom sind, kommt für den Bundesrat wie für die SVP ein risikoreiches Engagement des Unterneh-

mens im Ausland nicht in Frage. Dass ein solcher Bundesratsentscheid kurzfristig dämpfend auf die Aktienkurse wirkte ist klar. Denn vor allem Anleger, die eher am schnellen Geld als an einem starken Unternehmen interessiert waren, haben sich nach dem Entscheid des Bundesrats zurückgezogen. Doch was in diesen Tagen viele übersehen ist, dass die Swisscom-Aktie schon vor dem Bundesratsentscheid nur noch halb so viel wert war wie nach

dem Börsengang. Grund: Die Swisscom strampelte in ihren eigenen Fesseln. Und gerade hier hat Bundesrat Leuenberger keinen Finger gerührt. Er schaute jahrelang zu, wie die Swisscom Milliarden von Franken an Wert verloren hat. Massnahmen wurden von ihm keine eingeleitet oder vorgeschlagen.

Kein Wunder, dass der Gesamtbundesrat das Heft in die Hand nehmen musste und sich der Bund nun aus der

Swisscom zurückziehen will. Dass Bundesrat Leuenberger jetzt aber öffentlich über einen Bundesratsentscheid plaudert und diesen erst noch falsch wiedergibt zeigt, wie wenig er das Dossier überhaupt kennt.

Die SVP sieht sich einmal mehr in ihrer Haltung bestätigt, den unkoordiniert und hilflos wirkenden UVEK-Chef bei der Wahl zum Bundespräsidenten 2006 zu überspringen. Die Wahl Leuenbergers zum Bundespräsidenten wird noch mehr Probleme zu Tage fördern.

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat!

Inseratarif
auf www.svp.ch



Eine ausgeglichene Bundesrechnung - noch weit entfernt

Einmal mehr präsentiert der Bundesrat dem Parlament ein defizitäres Budget. Für das Jahr 2006 beträgt das Defizit rund 700 Millionen Franken. Dies ist aber nur der kleinere Teil des Finanzproblems. In der Erfolgsrechnung klafft eine zusätzliche Lücke von über 2 Milliarden infolge nicht ausbezahlter Pensionskassenbeiträge, und auch in den Fonds (AHV/IV, NEAT) steigen die Defizite stetig. Daraus resultiert für das nächste Jahr ein zusätzliches Loch von etwa 4-5 Milliarden. Parlamentsmehrheit und Bundesrat sind nicht fähig und willens, eine strikte Disziplin bei neuen und bestehenden Ausgaben einzuhalten. Finanzplan und Budget werden daher von der SVP-Fraktion abgelehnt.

Die Beratungen in der Finanzkommission über das Budget 2006 standen in diesem Jahr seitens der bürgerlichen Parteien unter dem gemeinsam bekundeten Willen, dem Volk ein ausgeglichenes Budget 2006 vorlegen zu können - Stichwort: die schwarze Null. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Parteisekretariate haben zusammen mit den bürgerlichen Mitgliedern der Finanzkommission (SVP, FDP und CVP) diese Vorgabe ausgearbeitet. Dazu waren letztlich 142 Anträge zuhanden der Subkommissionen erforderlich. Zu Beginn der Beratungen waren diese Anträge, die natürlich auch schwierige und einschneidende Vorhaben enthielten, noch mit der notwendigen Ernsthaftigkeit verfolgt worden. Am Ende stand die SVP einmal mehr alleine da. Selbst Parteileitungen (CVP) haben sich über die Medien von den erarbeiteten Vorgaben nachträglich distanziert. Das Fazit: Unser angeblich bürgerliches Parlament ist mit den gegebenen Instrumenten und in der gegenwärtigen Zusammensetzung immer noch nicht in der Lage, die Schuldenwirtschaft zu beenden.

Warum wirkt die Schuldenbremse nicht?

Mittlerweile stellt sich auch die Frage, warum die vom Volk mit einer Mehrheit von 84 % beschlossene Schuldenbremse nicht automatisch die Defizite beseitigen kann. Dazu ist zu sagen: Auch die Schuldenbremse ist von verschiedenen begleitenden Beschlüssen abhängig. Ich gehe nicht so weit, der Schuldenbremse die grosse Wirkung abzusprechen. Aber sie allein genügt nicht, um die schwarze Null im Budget herbeizuführen und eine positive Perspektive zu ermöglichen. Es sind in der Schuldenbremse Faktoren enthalten, die gesteuert werden können. Es sind Abbaupfade entgegen den klaren Vorgaben der Schuldenbremse formuliert, und es werden neue Elemente gefunden, um dieses Werkzeug zu relativieren. Die SVP hat in ihrem kürzlich den Medien vorgestellten Finanzpapier „Gesunde Staatsfinanzen als Voraussetzung für höheres Wirtschaftswachstum“, Korrekturen bei der Gesetzgebung zur Schuldenbremse verlangt.

Die Linke will mehr statt weniger Staatsausgaben

Das eidgenössische Parlament ist unglaublich, wenn es einerseits die Budgethoheit hat, andererseits aber nicht zu einem ausgeglichenen Budget kommen kann. Die Linke im Rat

will keine Begrenzung der Ausgaben, sie will im Gegenteil ein starkes, populistisches Ausgabenwachstum mit allen seinen Folgen. Sie will zusätzliche Steuern und andere wirtschaftsfeindliche Abgaben und leider erhält sie regelmässig Unterstützung aus der politischen Mitte.

Hüst und Hot

Die so genannte Mitte im Rat – die CVP- und die FDP-Fraktion - will rhetorisch zwar häufig die schwarze Null im Budget, aber in der Umsetzung fehlt dann jegliche Konsequenz. Wir haben der CVP und FDP Fraktion dringend empfohlen, auf diese rhetorische Proklamation einer schwarzen Null zu verzichten, wenn letztlich der Wille und die Kraft dazu nicht vorhanden ist.

Schuldenlast raubt der nächste Generation ihre Chance

Trotzdem: Wir haben die Verpflichtung zu einem Staatsbudget, das nicht die Angehörigen der nächsten Generation zu den Geprellten macht. Unser Land braucht den finanzpolitischen Handlungsspielraum; dazu sind Vorselektionen erforderlich, die nicht erst im Budgetprozess auf den Tisch kommen. Es ist ein Finanzplan zu erstellen, der ein ausgeglichenes Budget ermöglicht und nicht im Illusorischen verbleibt. Es ist im höchsten Masse unbefriedigend, wenn im Parlament immer wieder neue Ausgaben beschlossen werden, die dann als gesetzlich gebundene Ausgaben im nächsten Budget erscheinen. Die Budgetdefizite 2006 oder 2007 stehen klar im Widerspruch zur Schuldenbremse. Hier hat der Bundesrat die Führung zu übernehmen und zusammen mit einer realistischen Finanzplanung und klaren Entscheiden den Weg aufzuzeigen.

Die SVP lehnt Budget und Finanzplan ab

Dem vorliegenden Budget und auch dem überholten Finanzplan 2007-2009 kann die SVP-Fraktion im eidgenössischen Parlament nicht zustimmen. Die Lage der Bundesfinanzen verschlechtert sich weiter, so auch im kommenden Jahr, eine nachhaltige Lösung ist heute noch nicht in Sicht. Die SVP wird nicht locker lassen, bis der Finanzhaushalt in Ordnung ist und die Staatsquote sinken kann. Dies sind wir den Bürgern schuldig.

Nationalrat Theophil Pfister, Flawil (SG)



Weihnächtliche Erleuchtungen

Nachdem man vor der Session wochenlang das Gefühl hatte, alle Journalisten seien in den Ferien und wenig interessiert an den Problemen des Landes, änderte sich die Situation mit dem Sessionsbeginn schlagartig. Die Expansionsgelüste der Swisscom und die Fehlerliste von Bundesrat Leuenberger prägten plötzlich den Blätterwald ebenso wie das Fernsehen.

Staatsrisiko minimieren

Bei der Diskussion um die Swisscom ging vielen spontan durch den Kopf: Die Schweiz braucht kein zweites Debakel à la Swissair. Richtigerweise entschied der Bundesrat, das Risiko, noch einmal Millionen zu verlieren, zu minimieren und die Anteile an der Swisscom zu verkaufen. Um zu verhindern, dass bis zum Verkauf das Unheil bereits seinen Lauf nimmt, verbot er überdies jegliches Auslandsengagement.

Dabei ist eines zu unterstreichen: Es ist nicht die Aktienmehrheit des Bundes, welche die Grundversorgung in der Schweiz sichert. Vielmehr ist es die Grundversorgungskonzession, die derzeit noch die Swisscom hält (Art. 14, 16 und 66 FMG, Art. 15a FMV). Mit der Grundversorgungskonzession kann der Bund eine oder mehrere Fernmeldediensteanbieterinnen verpflichten, in ihrem Versorgungsgebiet Dienste der Grundversorgung anzubieten – unabhängig davon, ob er an einer Fernmeldediensteanbieterin beteiligt ist oder nicht.

Die Telekommunikationsbranche ist unter Druck. Dies zeigt sich seit längerem auch im Aktienkurs der Swisscom, der seit geraumer Zeit sinkt. Die aktuelle Diskussion hat dies nicht wesentlich beschleunigt. Auf den Besitz des Bundes hat der Aktienkurs allerdings keine Auswirkung, denn die Aktien sind in der Staatsrechnung nur zu je 1 Franken bewertet.

Hingegen tragen der Bund und damit die Steuerzahler aus politischen Gründen ein grosses Risiko im Falle eines Scheiterns der Swisscom im Ausland, denn die Schweiz hätte die Verluste zu tragen und für den Schaden grade zu stehen. Da die Telekommunikationsmärkte gesättigt sind und die technische Entwicklung rasant voran schreitet, wächst das Risiko bei solchen Engagements. Es ist also höchste Zeit für den Verkauf.

Leuenberger unter Druck

Die SVP-Fraktion kam nach intensiver Diskussion zur Überzeugung, dass trotz Turnus Bundesrat Leuenberger nicht mit dem Amt des Bundespräsidenten betraut und auch belastet werden sollte. Seit Jahren ist unter der Bundeshauskuppel bekannt, dass Bundesrat Leuenberger seine umfangreichen und gewichtigen Dossiers in den Händen seiner Mitarbeiter belässt und sich kaum selber darum kümmert. Kein Wunder liegt manches im Argen im Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation.

Fraktionschef Baader stellte in der vereinigten Bundesversammlung daher den Antrag, Bundesrat Leuenberger zu übergehen und direkt zum nächsten Bundesrat im Turnus, also Bundesrätin Calmy-Rey, zu gehen. Damit machte er auch deutlich, dass sich die SVP zum Prinzip bekennt, aber Bundesrat Leuenberger die Kapazitäten für das Amt abspricht. Er wies mit Recht

auf die Verantwortung hin, welche die Bundesversammlung bei diesem Entscheid trägt.

Leider war sich nur ein Teil der Bundesversammlung dieser Verantwortung bewusst. Die Mehrheit zog den bequemeren Weg vor und entschied sich für den Turnus, wohl im Wissen, dass damit im Präsidentschaftsjahr des neuen Bundespräsidenten Leuenberger so manches neue Problem zu Tage treten würde.

Erfolgreiches Präsidentschaftsjahr

Mit der Wahl von Bundesrat Leuenberger zum Bundespräsidenten geht alsbald das erfolgreiche Präsidentschaftsjahr von Bundesrat Samuel Schmid zu Ende. Seine Aktivitäten in diesem Jahr wurden anlässlich des Fraktionsessens gebührend gewürdigt. Das Jahr der Begegnungen darf als Erfolg gewertet werden. Als Bundespräsident zeigte Samuel Schmid in vollem Umfang die Stärke der SVP-Politiker, nämlich die Volksnähe, die alle Exponenten so auszeichnet. Er war mancherorts unerwartet anzutreffen und hatte überall ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger. Dass das Präsidentschaftsjahr mit einem Bänderriss zu Ende ging, konnte ihn nicht erschüttern. Er stellt sich weiterhin fest auf beiden Füßen stehend seinen Aufgaben, wie auch Parteipräsident Maurer noch anlässlich der Delegiertenversammlung vom 3. Dezember in Suhr feststellte.



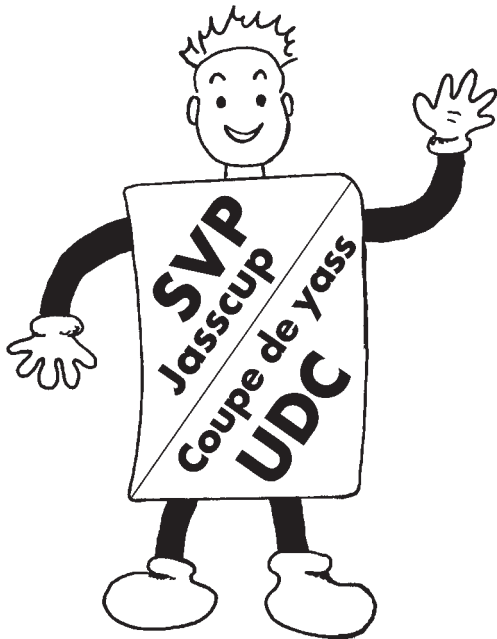
▶ Alike M. Panayides, stv. Generalsekretärin SVP

Wenig Erleuchtung beim Budget

Zwar leuchtete wie jeder Jahr der Weihnachtsbaum hell in der Eingangshalle des Parlamentsgebäudes. Leider wurde die Budget-Debatte nicht von weihnächtlicher Erleuchtung geprägt. Die SVP drang mit ihrem Rückweisungsantrag zu Gunsten einer schwarzen Null nicht durch, da es auch die FDP einmal mehr beim Lippenbekenntnis beliest. Da sich in der Budgetdebatte jedes Jahr das gleiche Szenario wiederholt, entschloss sich die SVP, Vorstösse einzureichen, um den Mechanismus zu korrigieren. Der Bundesrat wird daher aufgefordert, eine Aufgabenverzichtsplanung vorzulegen und Prioritäten zu setzen. Zudem verlangt die SVP auch eine Verbesserung der Finanzplanung im Sinne eines langfristigen Planungshorizonts. Zudem ist auch der Mechanismus der Schuldenbremse kritisch unter die Lupe zu nehmen.

So bleibt auch im neuen Jahr viel zu tun, um den Staatshaushalt, aber auch die anderen anstehenden Probleme wie die Defizite der Sozialwerke und die steigenden Krankenkassenprämien zu lösen. ◀

Die SVP Baselland unter der Leitung von Landrat Thomas de Courten lädt alle Jassfreunde ganz herzlich ein zum



6. Nationalen SVP Jasscup

mit der SVP-Fraktion
sowie den Jassexperten
Albert und Helen Hagenbucher,
Humlikon

Samstag, 25. Februar 2006

Türöffnung 09.00 Uhr / Beginn 10.30Uhr

Militärkaserne Liestal (BL)

Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger sowie viele attraktive Preise!



Anmeldetalon

**Jetzt
anmelden!**

Schieber mit zugelostem Partner

deutschschweizer Karten

französische Karten

Name: Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort:

Telefon: Mail:

Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP - Brückfeldstrasse 18 - Postfach 8252 - 3001 Bern

Telefon 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - Mail kuerschner@svp.ch

Einbürgerungen: Wie weiter?

Seit den irritierenden Bundesgerichtsentscheiden von 2003 und 2004 ist die Revision des Bürgerrechts und der Einbürgerungsregelungen fast permanent ein Thema in Bundesbern. Neben der Volksinitiative der SVP und einigen Standesinitiativen gibt vor allem die Parlamentarische Initiative von FDP-Ständerat Pfisterer zu reden. Dieser Vorstoss will das Rekursrecht gegen Einbürgerungsentscheide gesetzlich festschreiben. Die SVP lehnt die Initiative Pfisterer entschieden ab: Er ist nicht nur politisch falsch, sondern auch aus juristischer Sicht misslungen.

Im Sommer 2003 sorgte das Schweizerische Bundesgericht für etwelche Aufregung, als es, entgegen jahrhundertalter Tradition und im Widerspruch zur bisherigen Praxis, Einbürgerungsentscheide als Verwaltungsakte definierte. Laut diesem und einem weiteren Entscheid aus dem folgenden Jahr sollen Einbürgerungsentscheide künftig begründungspflichtig sein, ein Rekursrecht nach sich ziehen und überdies nicht mehr an der Urne gefällt werden können. Mit diesen Entscheiden stellte das Bundesgericht unser Land in eine Reihe mit anderen europäischen Staaten, welche einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung kennen und den diesbezüglichen Entscheid deshalb längst als Verwaltungsakt qualifizieren. Mit der schweizerischen Verfassungstradition jedoch, welche den Einbürgerungsentscheid immer als politischen Akt definiert hat, haben die Lausanner Richter gebrochen.

Keine freie Entscheidung beim Verwaltungsakt

Vielfach wird der Unterschied zwischen einem demokratischen, politischen Entscheid und einem Verwaltungsakt heruntergespielt. Die Differenz aber ist gross: Ein demokratischer, politischer Entscheid kann völlig frei getroffen werden. Jeder Stimmbürger ist frei, ob er Ja oder Nein stimmt, ob er gut informiert ist



► Am 18. November 2005 wurde die Eidg. Volksinitiative „für demokratische Einbürgerungen“ mit 103'017 gültigen Unterschriften eingereicht.

vor der Abstimmung oder ob er aus dem Bauch heraus abstimmt, ob er aus Überzeugung oder aus Protest an der Abstimmung teilnimmt usw. Man ist auch niemandem Rechenschaft schuldig, was und wie man abgestimmt hat. Man stelle sich einmal vor, dass ein nicht gewählter Gemeinderatskandidat Rekurs einlegen könnte mit der Begründung, die Stimmbürger hätten ihn zuwenig gut gekannt, so dass die Begründung für die Nichtwahl unzureichend sei...

Umgekehrt ist es bei einem Verwaltungsakt: Wenn eine Behörde einen solchen Entscheid treffen muss, ist sie immer an Eckwerte, vorgegebene Kriterien oder zu erfüllende Bedingungen gebunden. Sie muss ihren Entscheid begründen, und dieser ist auch rekursfähig. Darum kann ein Verwaltungsentscheid nicht einfach frei getroffen werden, sondern nur innerhalb einer gewissen Bandbreite. Dies unterscheidet ihn fundamental vom po-

litischen Entscheid.

Geradezu perfid erscheint in dieser Hinsicht die Parlamentarische Initiative Pfisterer, welche zwar vorgibt, den Einbürgerungsentscheid als demokratischen Akt zu definieren, diesen aber in Tat und Wahrheit gerade zum Verwaltungsakt macht. Die Kommission sagt denn auch, es stelle sich die Frage, ob der Einbürgerungsentscheid ein reiner Verwaltungsakt oder aber ein Entscheid eigener Art („sui generis“) sei. Von einem demokratischen Entscheid ist schon gar nicht mehr die Rede. Hierzu ist aber zu sagen: Eine Zwischenstufe zwischen demokratischem Entscheid und Verwaltungsakt gibt es nicht. Entweder ist man frei in der Entscheidung oder man ist es nicht. Entweder muss man den Entscheid begründen oder man muss nicht. Der Entscheid „sui generis“ – welcher auch begründet werden müsste – ist eine intellektuelle Erfindung und faktisch auch ein Verwaltungsakt.



► Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP

Nur SVP-Initiative garantiert einen politischen Entscheid

Wer befürwortet, dass Einbürgerungsentscheide wie bis anhin demokratisch getroffen werden sollen, der findet in der SVP-Volksinitiative „für demokratische Einbürgerungen“ die entsprechende Regelung. Diese Initiative, die am 18. November eingereicht worden ist, ermöglicht es den Gemeinden, selbständig zu entscheiden, welches Gremium (Gemeindeversammlung, Einbürgerungskommission, Urnenabstimmung etc.) den Einbürgerungsentscheid trifft. Der Entscheid des entsprechenden Organs ist endgültig. Das heisst: Die Stimmbürger haben das letzte Wort, und es gibt keinen Rekurs gegen den Entscheid in materieller Hinsicht.

Wer der Parlamentarischen Initiative Pfisterer zustimmt, setzt sich dafür ein, Einbürgerungsentscheide neu als Verwaltungsakt zu definieren. Dies heisst, dass der Stimmbürger nicht mehr frei ist in seinem Entscheid und diesen begründen muss. Der Antragsteller kann gegen den Entscheid Rekurs einreichen. Die SVP lehnt diese juristisch fragwürdige Regelung klar ab und will das demokratische Mitspracherecht der Bürger auch in Zukunft erhalten. ◀

Chance Schweiz: Stärke

Es ist das Verdienst der SVP, dass die Schweiz heute nicht Mitglied der EU ist. Mit ihrer klar ablehnenden Haltung zum EU-Beitritt hat die SVP der europafreundlichen Politik des Bundesrates und der anderen Parteien Gegensteuer gegeben. Schon zu Beginn der Neunziger Jahre hatte die SVP als Alternative zum EWR- und EU-Beitritt bilaterale Verträge gefordert. Diese Forderung setzte sich durch: Nach jahrelangem, hartnäckigem Kampf hat der Bundesrat nun erstmals erklärt, der EU-Beitritt sei nicht mehr „strategisches Ziel“. Dank der SVP ist auch der bilaterale Weg mehrheitsfähig geworden. Alle anderen „europapolitischen Optionen“ fallen damit ausser Betracht. Nicht zuletzt deshalb findet die SVP-Forderung nach einem Rückzug des EU-Beitrittsesuches heute nicht nur im Volk, sondern nach und nach auch in den anderen Parteien Unterstützung. Folgende 10 Punkte zur EU-Politik der SVP haben die Delegierten an ihrer a.o. Versammlung vom 3. Dezember 2005 in Suhr (AG) verabschiedet:

Nein zum EU-Beitritt

1. *Kein EU-Beitritt und kein Verzicht auf den Schweizer Franken*

Ein Beitritt zur Europäischen Union steht in klarem Widerspruch zu den tragenden Säulen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, namentlich ihrer Souveränität, ihrer direkten Demokratie und ihrem föderalistischen Aufbau sowie ihren unterschiedlichen Sprachgruppen und Kulturen. Die von der EU inzwischen verbindlich beschlossene „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP) würde der Schweiz im Falle des EU-Beitritts eine eigenständige, dauerhafte Neutralität verbieten. Auch aufgrund der wirtschaftspolitisch klar negativen Folgen eines EU-Beitritts und insbesondere den Verzicht auf den Schweizer Franken kann ein EU-Beitritt auch in Zukunft keine Option für unser Land mehr sein. Daran wird auch der von der beitriffsfreundlichen Verwaltung auf Frühjahr 2006 in Aussicht gestellte, europapolitische Bericht nichts ändern.

2. *Rückzug des EU-Beitrittsesuchs*

Die immer wieder dokumentierte Haltung des Bundesrats, der EU beitreten und deshalb das in Brüssel deponierte EU-Beitrittsesuch nicht zurückziehen zu wollen, den Beitritt zur EU mit Rücksicht auf die Stimmung im Schweizer Volk aber dennoch nicht zu vollziehen, bewirkte auch einen Vertrauensverlust europäischer Staaten im Blick auf die Schweiz: Die Haltung der Schweiz wurde von den EU-Staaten zunehmend als unklar, ihre Positionsbezüge als doppelzünftig eingestuft. Das Volk hat den bilateralen Weg bestätigt und will von einem EU-Beitritt nichts wissen. Das Beitrittsesuch ist deshalb zurückzuziehen.

Künftiges Verhältnis zur EU

3. *Keine weiteren bilateralen Verträge mit Souveränitätsverlust*

Trotz gegenteiliger Behauptungen des Bundesrats wur-

de in der Vergangenheit klar, dass zwischen der Schweiz und der EU anstehende Probleme mittels bilateraler Verträge, welche die Schweiz institutionell nicht binden, gelöst werden können. Jedoch ist sicherzustellen, dass diese Verträge auch im schweizerischen Interesse liegen; ein grundsätzliches Ja zum bilateralen Weg heisst allerdings nicht, dass solchen Vereinbarungen unbesehen zuzustimmen ist, wenn damit Stück für Stück schweizerischer Autonomie zugunsten von EU-Recht und EU-Richtern preisgegeben wird.

Die Schweiz muss Verträge abschliessen, welche nicht nur der EU, sondern auch der Schweiz, dem Schweizer Volk und der Schweizer Wirtschaft nützen, damit unser Land vor einem EU-Beitritt bewahrt wird.

4. *Kein Rahmenvertrag zur Ausschaltung des Volkes*

Hinter der Forderung nach einem Rahmenvertrag mit der EU verstecken sich unklare Inhalte und unbestimmte Auswirkungen in Bezug auf die bisher abgeschlossenen bilateralen Verträge. Ein Rahmenvertrag muss als Aufbau einer institutionellen Bindung und damit als Vorstufe zum EU-Beitritt gewertet werden. Insbesondere besteht die Gefahr, dass inskünftig ein gemischter Ausschuss, zusammengesetzt aus Verwaltungsmitgliedern von Seiten der Schweiz und der EU, politische Entscheide trifft.

5. *Nein zu Kohäsionszahlungen*

Die SVP lehnt die vom Bundesrat der EU in Aussicht gestellte Zahlung von einer Milliarde in den EU-Kohäsionsfonds ab. Eine einseitige Tributzahlung der Schweiz kommt nicht in Frage, denn die bilateralen Verträge wurden bei deren Abschluss von beiden Seiten ausdrücklich als „gegenseitig ausgewogen“ bezeichnet.

Sollte die EU mit der Schweiz über die Finanzierung gegenseitiger Leistungen neu verhandeln wollen, dann hat die Schweiz, bevor Zusagen irgendwelcher Art gemacht werden, die Frage der Mitfinanzierung der NEAT durch die EU in die Verhandlungen einzubringen.

durch **Unabhängigkeit!**



6. **Die Sicherheit ist zu gewährleisten**

In Anbetracht der sicherheitspolitischen Entwicklungen, der zunehmenden sozialen Spannungen und der politischen Verunsicherung in der EU misst die SVP dem Thema Sicherheit auch in Zukunft hohe Bedeutung bei. Im Abstimmungskampf zu Schengen wurde dem Volk versichert, Schengen bringe mehr Sicherheit. Die SVP, welche diese Ansicht nicht teilt, wird den Bundesrat und die anderen Parteien darauf behaftet. Dabei ist diese Sicherheit autonom zu erbringen. Der Bundesrat hat dafür gerade zu stehen, dass

- a) die Sicherheit in der Schweiz auch mit Schengen gewährleistet bleibt.
- b) die Autonomie der Kantone (Polizeihoheit) nicht tangiert wird
- c) die Souveränität gewahrt bleibt.

7. **Versprechen sind einzuhalten**

Auch nach dem Abstimmungskampf zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit nach Osten hat der Bundesrat seine Versprechen einzulösen. So hat er dafür zu sorgen, dass:

- a) die Arbeitslosenzahl nicht steigt. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind entsprechend zu gestalten.
- b) nur eine qualitative und keine quantitative Zuwanderung erfolgt
- c) die Kriminalitätsrate nicht ansteigt
- d) unser Sozialsystem nicht durch eine Zuwanderung zu den Sozialwerken (IV, ALV, KVG) stärker belastet und somit ausgeblutet wird.
- e) der Ausländeranteil die Kapazitäten des Schweizer Arbeitsmarktes nicht übersteigt.

Noch ist offen, wie sich die Personenfreizügigkeit auf den Ausländeranteil in der Schweiz auswirken wird. Die SVP wird die Entwicklungen genau beobachten und falls erforderlich die Notbremse ziehen.

8. **Kein unnötiger Nachvollzug von EU-Recht**

Die Veränderungen in der EU, aber auch die Globalisierung fordern die schweizerische Wettbewerbsfähigkeit stark heraus. Mittels notorischer Gleichschaltung schweizerischen Rechts, von der Bundesverwaltung im Rahmen „autonomen Nachvollzugs“ mit besonderer Sturheit verfolgt, werden unsere Spiesse verkürzt, verschlechtert die Landesregierung also die Wettbewerbsposition der Schweiz. Will die Schweiz die sich stellenden Herausforderungen bestehen, muss sie ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern, sich also als EU-kompeti-

tiv (wettbewerbsfähig) und nicht EU-kompatibel (gleichgeschaltet mit EU-Recht) erweisen.

9. **Keine Fixierung auf den abgeschotteten EU-Markt**

Mit dem Abkommen von Schengen sollen an der Grenze die Personenkontrollen abgeschafft werden. In Bezug auf die verbleibenden Warenkontrollen stellt sich die Frage, wie diese ohne Personenkontrollen durchgeführt werden sollen. Es besteht die Gefahr, dass mit Schengen schleichend die Zollunion mit der EU eingeführt wird, was strikte abzulehnen ist. Eine Zollunion brächte nicht nur verheerende Konsequenzen für die Schweizer Import- und Exportwirtschaft, sondern würde die Schweiz darüber hinaus institutionell an den europäischen Wirtschaftsraum binden. Auch ein genereller Freihandel mit der EU birgt die Gefahr einer Fixierung auf einen gegenüber dem Weltmarkt weitgehend abgeschotteten Markt. Es gilt das Prinzip der Marktpräferenz, was die Flexibilität und Handelsfreiheit der Schweiz gegenüber anderen Märkten massiv einschränken würde. Davon ist abzusehen; die Souveränität ist auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu gewährleisten.

Für eine weltoffene Schweiz

10. **Universale Aussenwirtschaftspolitik betreiben**

Damit die Schweiz ihren Wirtschafts- und Wohlstands-Vorsprung bewahren kann, sind im internationalen Wettbewerb nicht bloss gleich lange, sondern vielmehr „längere Spiesse“ gegenüber der EU nötig. Diesem Grundsatz ist inskünftig wieder nachzuleben. Die bisher einseitig auf die EU fokussierte Aussenwirtschaftspolitik ist aufzugeben und dieser Handel stattdessen vermehrt auch auf andere Staaten und Kontinente auszurichten, insbesondere auch auf Wachstumsmärkte wie Asien, Südamerika usw. Diese Abkommen sind selbstverständlich nicht durch landwirtschaftliche Zugeständnisse zu erkaufen.

Referendum und Volksinitiativen ergreifen

Die Delegierten beauftragen die Partei mit der Vorbereitung des Referendums oder einer Volksinitiative, wenn die Souveränität des Landes oder die demokratischen Rechte des Volkes durch weitere bilaterale Verträge eingeschränkt werden.

Das ideale Weihnachtsgeschenk:

Das elegante SVP-Foulard!

..... Expl. Seiden-Foulard	Stilvoll und diskret für die Partei werben!	Fr. 79.--
..... Expl. Sitzungsmappe	schwarzes Kunstleder, A4, diskrete Logo-Prägung	Fr. 49.--
..... Expl. Sonnenbrille	rot, mit Schweizer Kreuzen und drei versch. Gläsern	Fr. 129.--
..... Expl. Pin	ab 10 Stk./Fr. 4.--	Fr. 5.--
..... Expl. Polo-Shirt	<input type="checkbox"/> dunkelblau <input type="checkbox"/> weiss / Grösse (S, M, L, XL)	Fr. 40.--
..... Expl. Post-it	Block à 50 Blatt	Fr. 2.--
..... Expl. Offiziersmesser	Original Victorinox	Fr. 20.--
..... Expl. Kleber	Bogen à 35 Kleber	Fr. 6.--
..... Expl. Jass	<input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> deutschschweiz	Fr. 3.--
..... Expl. Ballone	Sack à 50 Stück	Fr. 40.--
..... Expl. Kugelschreiber		Fr. 2.50



Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Die Wettbewerbs-Gewinner aus der Ausgabe Nr. 11 / 2005

Ein praktisches SVP-Offiziersmesser gewonnen haben:

Margrit Hess, Rotkreuz / Annamarie Krattiger, Bühler / Werner Binder, Ottikon

Gesucht wurde Ständerat Christoffel Brändli (GR)



Wettbewerb

Welcher eidg. Parlamentarier verbirgt sich hinter diesem Bild?



Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 3 elegante SVP-Foulards

Kleiner Tipp: Der gesuchte Parlamentarier ist in dieser Ausgabe abgebildet.

Lösung

Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Einsendeschluss: Freitag, 6. Januar 2006

Überarbeitetes Armeepapier der SVP

Mit seinen Beschlüssen vom 11. Mai dieses Jahres hat der Bundesrat klammheimlich eine neue Armee reform eingeläutet. Die SVP hat sich deshalb entschlossen, ihr Armeepapier vom Oktober 2004 anzupassen.

Nach der Armee reform XXI präsentiert sich die Armee in verschiedenen Bereichen in einem schlechten Zustand. Grossen Teilen der Öffentlichkeit bleibt die Zielrichtung der Reform fremd und das Vertrauen in die Armee sinkt.

Aus Sorge über diese Entwicklung erarbeitete die SVP im Oktober 2004 ihr Grundlagenpapier „Für eine bedrohungsgerechte Milizarmee“ und diskutierte dieses an einem Parteitag. Im Papier bekannte sich die SVP klar zu einer starken, glaubwürdigen Armee, zur bewaffneten Neutralität, zum bewährten Milizsystem sowie zur Ausbildungsverantwortung der Milizkader, und sie wandte sich gegen die Tendenz einer zunehmenden internationalen Kooperation. Die SVP war der Ansicht, dass es nun darum gehen müsse, die Armee Schritt für Schritt zu einem funktionierenden Sicherheitsinstrument zu machen – dies selbstverständlich ohne eine weitere Generalreform einzuläuten. Denn, so die Meinung, ein dritter Umbau innerhalb eines Jahrzehntes würde die Armee nicht überleben.

Konzept 08/11 als Abbaureform

Doch Bundesrat und Armee führung scheinen einen anderen Weg gewählt zu haben: In den Entscheiden des Bundesrates vom 11. Mai 2005 „...zur weiteren Entwicklung der Armee“ mit Blick auf die Jahre 2008 bis 2011 kommt zum Ausdruck, dass – ohne Mitsprache von Parlament und

Volk – eine neue Armee reform eingeläutet werden soll. Es scheint zur Tatsache zu werden, dass die vom Volk bewilligte Armee XXI nicht schrittweise umgesetzt und optimiert werden soll, wie dies der Bundesrat im Vorfeld der Abstimmung zur Armee XXI noch versprochen hatte. Vielmehr wird mit dem Projekt Armee 08/11 der Reformeifer fortgesetzt.

Das Konzept Armee 08/11 bedeutet faktisch eine Zweiteilung in eine Einsatz- und eine Bewachungsarmee. Das neue Schlagwort heisst „Aufwuchs“. In Tat und Wahrheit handelt es sich dabei jedoch um ein Abbaukonzept, wird doch die Verteidigungsarmee auf lediglich ca. 18'500 Mann reduziert. Damit wird die Armee kaum mehr in der Lage sein, unser Land eigenständig zu verteidigen. Dahinter steckt wohl die Absicht, das Konzept „Sicherheit durch Kooperation“ oder gar „Sicherheit durch Bündnisbeitrag“ als einzig gangbarer Weg anzustreben. Unser Land muss aber selber fähig sein, die Neutralität zu verteidigen. Dazu haben wir uns völkerrechtlich verpflichtet. Die Neutralität gilt es nicht nur zu beachten; sie gewinnt im Zeitalter der asymmetrischen Kriegsführung gar noch an Wichtigkeit. Die Armee ist und bleibt das wichtigste Interventionsinstrument in Krisenlagen, sei es zur Gewährleistung der Sicherheit und Unabhängigkeit unseres Landes oder zur Hilfeleistung bei Katastrophen, wie wir sie im August dieses Jahres erlebt haben. Um all diese Aufträge

erfüllen zu können, bedarf die Armee einer gewissen Grösse, damit genügend Soldaten innert kürzester Zeit in ausreichender Anzahl und Qualität über eine längere Dauer eingesetzt werden können.

Armeeangehörige sind keine Hilfspolizisten

Gemäss Projekt 08/11 soll das Engagement der Armee im Bereich der Friedensförderung weiter ausgebaut werden. Die Armeeplaner spielen jedoch mit dem Feuer, wenn sie unsere Armee personell und materiell immer mehr auf Auslandseinsätze ausrichten und dabei das wichtigste Einsatzgebiet überhaupt – die Schweiz – vernachlässigen.

Stellung genommen hat die SVP auch zu den heutigen Problemen bezüglich Abgrenzung zwischen polizeilichen und militärischen Aufgaben im Bereich der inneren Sicherheit. Hier drängt sich eine Klärung insofern auf, als aus der klaren Formulierung der Begriffe „Normale.....“ oder „Ausserordentliche Lage“ auch klare Aufträge abzuleiten sind. Dies ist eine wichtige Grundlage für die Definition der Aufgaben und der Ausbildung der Armee. In Zusammenarbeit mit den Kantonen ist festzulegen, welche Leistungen die Armee in den jeweiligen Lagen zu erbringen hat und welche von den Kantonen zu erbringen sind. Es darf auch nicht zur Regel werden, dass ausgebildete Armeeangehörige ständig zu Botenschaftsbewachungen und für



► Nationalrat Hans Rutschmann, Rafz (ZH)

Pistenpräparierungen abkommandiert werden. Diese sind vielmehr für den Verteidigungsauftrag zu schulen.

Das Grundlagenpapier der SVP vom Oktober 2004 ist daher aktueller denn je, und auch andere Kreise teilen dessen Stossrichtung. Mit ihrem Entscheid zur Anpassung des Papiers und den daraus folgenden parlamentarischen Vorstössen will die SVP nun einerseits auf die nach wie vor bestehenden Mängel, andererseits auf die angekündigten weiteren Reformen reagieren – bevor diese in Umsetzung begriffen sind. Ohne entscheidende Korrekturen werden immer mehr Armeeangehörige den Sinn der Armee nicht mehr einsehen, den Bettel hinwerfen und sich innerlich vom ursprünglichen Gedanken der Milizarmee verabschieden.

Das überarbeitete Armeepapier ist unter www.svp.ch abrufbar.

Inserat

Erfolg ist planbar. Wie? Die Gratisbroschüre
„Das Erfolgsgeheimnis“
 gibt Auskunft. Sofort anfordern!
 Von Hans Müller, Heimatweg 1, 5040 Schöftland

sifa
SICHERHEIT FÜR ALLE

Einladung zur 1. öffentlichen
sifa-Wintertagung zur Sicherheitspolitik

Samstag, 28. Januar 2006

9.15 – 12.15 Uhr

Kaserne Aarau

Divisionär aD Hans Bachofner

Störrisches Volk

*Im Dickicht der Kriegsbilder, Feindbilder, Soldatenbilder,
Welt- und Menschenbilder fehlen die Wegweiser*

*Anschliessend Podiumsdiskussion mit u.a.
Kkdt Luc Fellay, Kdt Heer, Kkdt aD Simon Kächler,
Pro militia. Leitung: Ulrich Schlüer, Nationalrat*

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

sifa – SICHERHEIT FÜR ALLE – Aktion gegen Kriminalität
Postfach 23, 8416 Flaach

Impressum SVPja

Herausgegeben von der
Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheint 12 Mal im Jahr

Verantwortlich für die Redaktion:
Simon Glauser, Chefredaktor

Anzeigenverwaltung:
Simon Glauser, Telefon 031 300 58 53,
Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Postadresse:
Generalsekretariat SVP
Brückfeldstrasse 18
Postfach 8252
3001 Bern
Telefon 031 300 58 58
Fax 031 300 58 59
Mail svpja@svp.ch

Abonnementspreise:
Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung:
Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:
Verlag Zofinger Tagblatt
Henzmannstrasse 18
4800 Zofingen
Telefon 062 745 93 93
Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:
siehe Adresse "Druck" oder Mail an zollinger@svp.ch

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com



Aufbauarbeit lohnt sich

Die SVP Frauen haben sich ehrgeizige Ziele gesetzt: Die Zahl der Nationalrätinnen in Bern soll verdoppelt werden. Dazu braucht es noch viel Arbeit, aber die Voraussetzungen waren nie besser. Die Zahl der starken SVP Frauen, die bereit sind, sich in der Politik zu engagieren, wächst stetig!

Langsam beginnt die Arbeit der SVP Frauen der letzten Jahre Früchte zu tragen. Die Zahl der Frauen, welche die SVP in den Exekutiven und Legislativen von Gemeinden und Kanton vertreten, wächst erfreulich schnell. Jüngstes Erfolgsbeispiel ist die Wahl von Therese Fuchs in den Kantonsrat von Schwyz im November. Herzliche Gratulation auch an dieser Stelle!

Präsenz in Bundesbern verbessern

Die SVP Frauen Schweiz werden sich nach diesen Erfolgen nun auf die Verstärkung der Präsenz auf Schweizerischer Ebene konzentrieren. Die Vorbereitungen für die Wahlen 2007 haben begonnen. Die Arbeit auf Gemeinde- und Kantonsebene muss sich nun so weit entwickeln, dass der Erfolg auch im eidgenössischen Parlament sichtbar wird.

Dazu genügt es nicht, erst anlässlich der Nomination für



► SVP Frauen werden politisch immer erfolgreicher - weiter so!

die Liste auf die Suche nach Frauen zu gehen. Kandidatinnen müssen langfristig aufgebaut werden. Hier sind nicht nur die Frauen selber gefordert, den nötigen Elan und die Ausdauer mitzubringen, sondern auch die Kader der Kantonalparteien. Wer für ein Mandat im Nationalrat in Frage kommt, muss zuvor auch an Delegiertenversammlungen oder anderen Anlässen Gelegenheit erhalten, sein bzw. ihr Können unter Beweis zu stellen.

Die SVP Frauen Schweiz ver-

suchen mit verschiedenen Massnahmen, ihren Beitrag zum Erfolg der Frauen auf eidgenössischer Ebene zu leisten. Wir begleiten, coachen und schulen. Wir schaffen aber in Zusammenarbeit mit den Kantonen und der SVP Schweiz auch Plattformen und beteiligen uns intensiv an der Programmarbeit.

Hand in Hand

Ziel der Arbeit ist es nicht, einen Kampf SVP Frauen gegen SVP Männer zu lancieren. Ziel ist es vielmehr, zu zeigen,



► Gemeinderätin Rita Gyggax, Präsidentin SVP Frauen Schweiz

dass „Frau sein“ nicht mit „links sein“ gleichzusetzen ist. Die SVP Frauen beweisen, dass es echte bürgerliche Frauen gibt, die in der Familie wie auch im Beruf und in der Politik eigenverantwortlich handeln und etwas leisten. „Frau sein“ ist kein Programm, aber die SVP Frauen stehen für das SVP Programm, ein bürgerliches Programm für Eigenverantwortung, Sicherheit und Unabhängigkeit. Ein Programm, das für alle bürgerlichen Frauen interessant ist, vertreten von Köpfen, die für alle Bürgerlichen wählbar sind. Die SVP Frauen arbeiten Hand in Hand mit den Männern und unterscheiden sich damit von allen anderen Frauengruppen in der Politik. Und diese Zusammenarbeit auf der Basis eines gemeinsamen Programms wird das Erfolgsrezept sein für die Verdoppelung der Zahl der SVP-Nationalrätinnen in Bern!

Wellness-Hallenbad-Sauna-Dampfbad-Whirlpool

Hotel Alpenblick Fieschertal

Walliser Skisafari

Zermatt, Saas Fee, Crans Montana, Belalp und Aletschgebiet mit Skibegleitung vom 14. bis 28. Januar und 11. bis 25. März 05
7 Übernachtungen mit Halbpension inkl. alle Skipässe und Skibus zu den Skistationen

für SVP-Mitglieder!
Fr. 1'250.-
statt Fr. 1'400.- pro Person

Fam. Holzer Fabian; CH-3984 Fieschertal
www.hotelalpenblick.ch; alpenblick@rhone.ch
Tel. 0279701660; Fax.0279701665

ALETSCH **GOMS**
Brig-Wallis-Schweiz





Gemeindefusionen contra Gemeindekooperationen

Es ist die Absicht der Berner Regierung, Gemeindefusionen zu fördern. Aus den einschlägigen Untersuchungen geht hervor, dass eine Gemeinde - um optimal mit den Finanzen umgehen zu können - zwischen 7000 und 9000 Einwohnern haben sollte. Viele Gemeinden im Kanton Bern erreichen diese Grösse nicht. Sie würden diesen aber auch durch Zusammenschluss mit Nachbargemeinden nicht erreichen. Ist denn die Fusion wirklich der einzige Weg?

Gemeindefusionen

Eine Gemeindefusion kann man sich wie eine konservative oder eine moderne Hochzeit vorstellen. Beim konservativen Zusammenschliessen von Gemeinden verliert die eine Gemeinde fast alles und überträgt die gesamte Verantwortung dem Partner. Namen, Finanzen, Boden, Infrastruktur und alles weitere wird der neuen Gemeinde einverleibt. Leider werden in diesem Fall oft auch die Traditionen aufgegeben. Eine moderne Gemeindefusion kann eben mehr bieten. Die Namensgebung ist meistens eine gegenseitige Willenäusserung der beiden Partner. Die Finanzen werden partnerschaftlich zusammengeführt und auch die Infrastruktur sollte gleichmässig weitergenutzt werden. Beide oder alle Partner stehen in diesem Fall als Gewinner da. Eine jede Gemeindefusion braucht aber Zeit. Die Behörden müssen rechtzeitig und gleichmässig Vertrauen aufbauen bei den Bürgern der fusionwilligen Partnern. Die Beteiligten sollen dieses Zusammengehen miterleben, mitgestalten und spätestens an der Urne bewilligen. Ein Negativentscheid durch den Souverän kann eine Fusionsabsicht auf Jahre hinaus blockieren.

Oft ist es nicht angebracht, dass Gemeinden fusionieren.

Sei dies, weil der entsprechende Wille nicht vorhanden ist oder weil ein Zusammengehen keinen Sinn macht (Geographische Aspekte, Standorte am Agglomerationsrand etc.).

Kooperationen zwischen den Gemeinden

Hier sollte aber bei möglichst allen Gemeindeaufgaben geprüft werden, wie mit Zusammenarbeit die Ressource Geld besser eingesetzt werden kann. Es gibt unzählige Arten der Zusammenarbeit. Hier nur einige Beispiele, die sich bis heute bewährt haben: Zusammenarbeit bei der Datenverarbeitung (nur noch ein zentraler Server für mehrere Gemeinden), Beschaffung von Grossgeräten im Werkhof, welche durch den Einsatz für mehrere Gemeinden besser genutzt werden (eine Wischmaschine kann auch die Hälfte der Woche in der einen und die andere Hälfte in der anderen Gemeinde für saubere Strassen sorgen), Zusammenarbeit bei der Wasserversorgung durch Gründung einer Wasserversorgungsgenossenschaft, Zusammenarbeit bei den Aufgaben der Gemeindepolizei und des Bevölkerungsschutzes und anderes mehr.

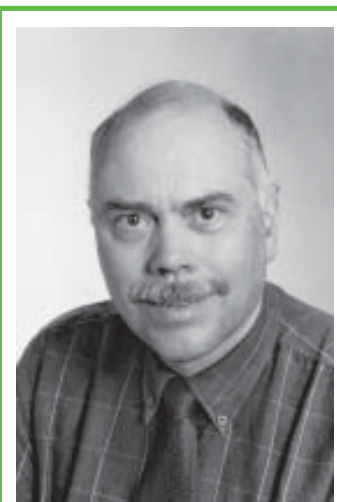
Daneben müssen wir auch die verschiedenen Zweckverbände zwischen den Gemeinden

erwähnen. Immer mehr können Aufgaben nicht mehr durch eine einzelne Gemeinde gelöst werden. Dazu gehören beispielsweise die Entsorgung von Abfällen und Abwässern, die Zusammenarbeit in den sozialen Aufgaben, verschiedene Zusammenarbeitsformen bei den Schulangeboten oder die Zusammenarbeit im öffentlichen Verkehr.

Auch Kooperationen für die Bewirtschaftung von Wäldern, Weiden und Alpen können mithelfen, Kosten zu sparen. Hier müssen die Gemeinden mehr Mut haben, auch ihre Anteile mit privaten Besitzern zusammen über Gemeindegrenzen hinweg zu pflegen und zu unterhalten.

Welches ist nun die bessere Lösung?

Ein pragmatisches Vorgehen ist aus meiner Sicht hier absolut nötig. Dort wo sich wirklich eine Fusion von Gemeinden als machbar zeigt, sollte man es nicht unversucht lassen. Ist aber ein Zusammenschluss nicht möglich, sind die Behörden dazu gezwungen, kostengünstigere Lösungen in allen Gemeindeaufgaben zu suchen und auch anzustreben. Nur so wird es im Kanton Bern gelingen, die Ausgaben der Gemeinden zu stabilisieren oder sogar zu senken. Eine Kooperation



Kurzportrait

Bruno Häberli ist Berufsoffizier und wohnt in 3068 Utzigen, Gemeinde Vechigen. Er betreute als Gemeinderat bisher das Ressort Betrieb und wird 2006 Ressortvorsteher öffentliche Sicherheit. Bruno Häberli ist Präsident der SVP Amt Bern.

darf aber nicht einfach nur Kosten verlagern, sondern muss zwingend Kosten senken. Zuerst müssen wir die Leistung einer Kooperation beurteilen. Im gleichen Zug sollen aber auch die Verwaltungsorganisationen untersucht werden. Diese kann man in der Regel nach unten anpassen. Als Vertreter in einer Gemeindebehörde ist man es seinen Wählern und Bürgern schuldig, mit dem Steuergeld verantwortungsvoll umzugehen und die Kosten überall möglichst zu senken und tief zu halten. ◀

Die Kleinunternehmen im Würgegriff

KMUs, Klein- und Mittelunternehmen, sind das Rückgrat und der Motor unserer Wirtschaft. 1/3 der werktätigen Bevölkerung arbeitet bei Unternehmen in der Grössenordnung von 1-10 Mitarbeitern; 1/3 arbeitet bei Mittel- und Grossunternehmen; 1/3 bei Vater Staat. Damit ist gezeigt, dass unsere freie schweizerische Marktwirtschaft zu einem sehr grossen Teil von unseren Kleinunternehmen getragen wird.

Anzahlmässig schätzt man gegen 100'000 Unternehmen in dieser Grössenordnung. Währendem der Staat - an dieser Stelle sei erwähnt dass der Grosse Rat zur Mehrheit aus Staatsangestellten besteht - und die grösseren Unternehmen gut organisiert sind und ihre Interessenvertreter wohl positioniert sind, haben es die KMUs nicht leicht. Sie sind verzettelt und haben es schwerer, ihre Interessen zu schützen. Die Folge ist, dass auf diesen kleineren Firmen erhebliche Aufgaben und Probleme lasten:

Steuern

Die Inhaber von KMUs sind in der Zwickmühle der Steuern. Sie werden von den Behörden nicht als Kunden angesehen, sondern als Zahler. Rücksicht zu nehmen braucht man ja nicht. Die Grossen werden gehegt und gepflegt; neu zugezogenen Firmen erhalten Kraft Steuergesetz Steuerprivilegien (als Möglichkeit bei Neuzuzug), jedoch nur ab einer gewissen Grösse. Kleinen Firmen gegenüber existiert dies nicht. Ist man als Unternehmer erfolgreich, zahlt man bis zu 50% Abgaben: 10% AHV (gilt als steuerähnlich), 12% Bundessteuer, 25% Kantonssteuer, Kirchensteuer, Militärpflichtersatz, etc. Hier noch nicht berücksichtigt ist staatlicher Zwangskonsum: Krankenversicherung, TV-Monopolgebühr, Pensionskasse, etc. Da bleibt nicht viel übrig.

Tatsache ist, dass das Portemonnaie immer weniger zum Gebrauch übrig lässt.

Arbeitslosenversicherung

Als Selbstständigerwerbender zahlt man keine ALV und erhält unter Umständen auch keine. Als Angestellter seiner eigenen Firma, Bsp. einer GmbH, zahlt man ALV, erhält aber dennoch keine Leistungen mit der Begründung, man sei ja faktisch Selbstständigerwerbender und diese erhalten eben keine Leistung. Die Praxis dazu ist kontrovers und es bedarf eines grossen Einsatzes, um zu den Leistungen zu kommen.

Formulare

Es braucht fast gleichviel Zeit, ob Sie einen Bogen des Bundesamtes für Statistik ausfüllen müssen für eine börsenkotierte Gesellschaft oder für ein KMU. Nachdem die staatliche Verwaltung in den letzten 20 Jahren nur gewachsen ist und sich in dieser Zeit mehr als verdoppelt hat, ist es leicht vorstellbar, dass sich auch die Last für Administration und Verwaltung der KMUs mehr als verdoppelt hat. Erfolgreich hat man sich gegen die Einführung des neuen Lohnausweises gewehrt. Dieser kommt jedoch trotzdem und mit ihm vieles mehr. Vor 20 Jahren konnte man einen Lohn mit einem Sozialabzug machen, der

AHV, heute folgen BVG, UVG, KVG, KVG-Zusatz, FAK, etc. Ein Arbeitnehmerwechsel wird zum Hürdenlauf. In Basel gibt es 18'000 Beamte, Tendenz steigend, währenddem die Bevölkerung laufend abnimmt. Bei gleicher Entwicklung werden im Jahre 2035 mehr Beamte in Basel arbeiten als Einwohner leben. An steten Zuwachs des Staates hat sich nichts geändert. Währenddem andere Volkswirtschaften aktiv an einem schlankeren Staat arbeiten, bauen wir weiter aus.

Bewilligungen

Anstelle einer liberalen Wirtschaftsordnung haben wir die Notwendigkeit von Bewilligungen noch und noch. Wer gelesen hat, was an der Herbstmesse gelaufen ist weiss, dass Unternehmen abhängig vom Wohlwollen der Verwaltung sind. Haben Sie schon einmal versucht, ein Geschäft länger offen zu halten? Unsere Gewerkschaften haben sich „erfolgreich“ für restriktive Öffnungszeiten eingesetzt. Das Ergebnis ist, dass die Läden in Deutschland und Frankreich profitieren, welche wesentlich liberalere Öffnungszeiten kennen. Wir reglementieren uns kaputt. Die neuen Öffnungszeiten für 2006 sind kleine Lichtblicke am Horizont. Tatsache ist aber, dass der Kundenabbau bereits seine negativen Spuren hinterlassen hat.

Haben Sie als Kleinunter-

nehmer schon einmal versucht, eine Kredit zu erhalten?

Bankkredite

Bankengerechtes Verhalten ist sehr aufwändig. Wenn Sie Geld brauchen, ist es schwierig. Die Lage ist finanziell angespannt und dies ist gerade oft der Grund, weshalb infolge des erhöhten Risikos kein Kredit gesprochen wird. Wenn Sie das Geld nicht brauchen und Sie wollen vorsorglich einen Kredit, hat die Bank auch keine Freude, weil Sie nicht gerne Kredite gibt ohne dass diese gebraucht werden. Die Bank hat den Aufwand und bedarf Eigenmittel für die Kreditbereitstellung, hat aber keinen Zins. Bei all dem darf man aber nicht vergessen, dass das Geld verleihen sehr risikoreich ist. Wer hat nicht schon einmal mit einem kleinen Betrag ausgeholfen und das Geld nicht zurückerhalten? In Entwicklungsländern ist der Micro-Credit sehr bekannt. Einfache Leute erhalten im Hinblick auf ihre Person Geld; es genügt der Nachweis der Bezahlung der Lebenshaltungskosten (Strom, Miete, etc.) für die Vergabe eines Kredits von USD 100 bis 10'000.—. Das einfache Verfahren - getragen von Stiftungen - macht sich bezahlt. 98% der Kredite werden zurückbezahlt. Vielleicht sollten wir wieder mehr Glauben in die Person habe als in Zahlen und Tabellen. Oft ist es ja dann auch bei uns so, dass man von Bank zu Bank tingelt, bis man dann dort oder dort auf die Person trifft, die daran glaubt und hilft. Und was schliessen wir daraus? Vertrauen wir auf uns, glauben wir an die Zukunft. Kleinunternehmen sind die Stütze unserer Gesellschaft - und nicht ein starker Staat oder grossen Firmen, die bei Restrukturierungen hunderte von Personen entlassen. ◀

Dr. iur. Bernhard Madörin,
Vizepräsident Basler SVP

Aktuelle Infos, Reportagen, Trends, Porträts, Praxis-Beispiele und vieles mehr:

Die Landwirtschaft im Mittelpunkt

Das Thema Landwirtschaft bewegt – mehr denn je. Ob Sie Ihr Brot in der Landwirtschaft verdienen oder ob Ihnen die Menschen und das Leben auf dem Land ganz einfach am Herzen liegen: **Lernen Sie dieses starke Trio jetzt zum Spartarif kennen!**



«die grüne»

Das Fachmagazin für die Schweizer Landwirtschaft vermittelt alle 14 Tage umfassende Hintergrundinformationen zu Agrarwirtschaft, Tierhaltung, Management, Markt und Politik – mit vielen Interviews, Reportagen und Berichten. In jeder Ausgabe finden Sie zudem eine Fülle von praktischen Tipps, Lösungsansätzen und Ratschlägen, welche «die grüne» zusätzlich zum unentbehrlichen Helfer für jeden bäuerlichen Haushalt machen.

7x für nur Fr. 20.– (statt Fr. 28.–)

Jahresabo 26 Ausgaben
für Fr. 85.– (statt Fr. 104.–)
plus Geschenk:
Mini-Taschenlampe



«frauenland»

«frauenland» stellt jeden zweiten Monat das Leben auf dem Land mit all seinen Facetten vor und richtet sich an alle Frauen, welche im ländlichen Raum leben oder sich in irgendeiner Weise damit verbunden fühlen. Themen wie Haushalt, Küche, Garten und Ernährung fehlen dabei ebenso wenig wie Lebens-, Familien- und Gesundheitsfragen. Mit vielen nützlichen Tipps für Einkauf, Freizeit, Aus- und Weiterbildung sowie dem Ratgeberteil Geld und Recht im Alltag.

2 Ausgaben gratis!

Jahresabo für Fr. 30.– (6 Ausgaben)
plus Geschenk: Cappuccino-
Milchaufschäumer
«Latte Master»



«BauernZeitung»

Die Wochenzeitung der bäuerlichen Organisationen in der Schweiz. Jede Woche aktuelle und kompetente Beiträge zu Agrarpolitik, Marktinformationen, Organisationen, aktueller und kompetenter Fachberatung und vielem mehr. Mit Regionalteil-Beilagen für die Zentral-, Nordwest- oder Ostschweiz und verschiedenen Extras.

13x für nur Fr. 20.– (statt Fr. 24.70)

Jahresabo (52 Ausgaben) für Fr. 77.–
bzw. Fr. 94.– / Fr. 97.– mit Regionalzeitung
plus Geschenk:
Mini-Taschenlampe



Jetzt Schnupper- oder Jahresabo anfordern!

Ja, ich möchte «die grüne»

Im Schnupperabo zum Kennenlernen 7 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 28.–

Jahresabo für Fr. 85.– statt Fr. 104.– (26 Ausgaben)

Ihr Geschenk: eine Mini-Taschenlampe

Ja, ich möchte «frauenland»

kennenlernen und erhalte 2 Ausgaben gratis

Jahresabo für Fr. 30.– (6 Ausgaben)

Ihr Geschenk: ein Cappuccino-Milchaufschäumer «Latte Master»

Ja, ich möchte die «BauernZeitung»

Im Schnupperabo zum Kennenlernen 13 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 24.70

Jahresabo (52 Ausgaben) für Fr. 77.– bzw. Fr. 94.– / Fr. 97.– mit Regionalzeitung

Ihr Geschenk: eine Mini-Taschenlampe

Coupon einsenden an: Schweizer Agrarmedien GmbH, Postfach 228, 3000 Bern 15

Absender

Herr Frau

Name / Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum/Unterschrift

AM045V

Am schnellsten gehts per Tel. 031 958 33 37 oder Fax 031 958 33 34 oder auf www.agrarmedien.ch